

Die „Freiheit“ erscheint morgens und nachmittags, an Sonn- und Festtagen nur morgens. Der Verkaufspreis beträgt bei jeder Zustellung ins Haus für Groß-Berlin 4.— M., bei direktem Postbestellung monatlich 4.65 M., bei Zustellung unter Postband für Deutschland 4.80 M., für Ausland 1.80 M., per Brief 12.50 M.

Redaktion und Expedition: Berlin NW 6, Schiffbauerdamm 19 III. Fernsprecher: Amt Norden 2895 und 2896.

Interate sollen die achtgepalt. Nonpareil-Linien oder deren Raum 1,20 Mill. Woranfragen das Setzdrucker Wert 80 Pf., jedes weitere Wort 25 Pf. Leuzungsausschlag 70 Pf. Bei Familien- u. Verlagsanfragen (188) der Zuschlag fort. Interate für den vorausfolgenden Tag müssen spätestens bis 2 Uhr nachmittags bei der Expedition anfragen sein.

Inseraten-Abteilung: Berlin NW 6, Schiffbauerdamm 19 Fernsprecher: Amt Norden 9769

# Freiheit

## Berliner Organ

### Der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

# England und der Friede im Osten.

## Aus den Kriegsdokumenten.

## Der Frieden in den Randstaaten gesichert.

T. U. London, 16. Dezember.

Die britische Regierung erklärt amtlich, einen etwaigen Wunsch der baltischen und anderer Randstaaten, Frieden mit der Sowjetregierung zu schließen, keinerlei Schwierigkeiten in den Weg legen zu wollen.

## Die Condoner Konferenz.

London, 16. Dezember. (Kabak.)

Lloyd George gab im Unterhaus eine Erklärung über die Konferenz in London ab, wonach die Besprechungen, die zwischen den Vertretern Großbritanniens, Frankreichs, Italiens, der Vereinigten Staaten und Japans abgehalten wurden, den Abschluß des Friedens mit der Türkei und mit Ungarn, die Abrüstungsfrage, die Ratifikation der schon geschlossenen Verträge und deren Ausführung umfaßten. Die wirtschaftliche und die finanzielle Lage wurde ausführlich besprochen. Um den Kurschwankungen, die die Interessen Frankreichs und Englands beeinträchtigen, entgegenzutreten, hat die englische Regierung ihre Einwilligung zur Herausgabe der französischen Anleihe in England gegeben. Der Zeitpunkt, die Höhe und die Bedingungen dieser Anleihe sollen durch ein Abkommen geregelt werden.

Die russische Frage war ebenfalls Gegenstand längerer Besprechungen. Die Alliierten waren in dieser wie in den anderen besprochenen Fragen vollständig einer Ansicht. Es wurde beschlossen, daß die Konferenz in nächster Zeit wieder zusammentreten soll, um die Friedensbedingungen mit der Türkei zu bereinigen und alle Schwierigkeiten, die in der Abrüstungsfrage entstanden sind, endgültig zu lösen.

Im Unterhaus wird eine Debatte über die Konferenz noch vor Schluß der Wintertagung stattfinden.

Aus der obenstehenden Meldung geht nicht hervor, welche Stellung die Condoner Konferenz zum Hauptproblem der Verhandlungen, der russischen Friedensfrage, eingenommen hat. Lloyd George ist über diese heikle Frage mit der nichtsagenden Wendung über die vollständige Einigkeit der Alliierten hinweggegangen. Wenn diese Worte irgend einen Sinn haben, so nur den, daß in den Reihen der Alliierten tiefgehende Meinungsverschiedenheiten über das russische Problem bestehen, die jetzt notwendig verkleistert worden sind. Man geht wohl nicht fehl, wenn man den Beschluß der Entente, mit Litwinoff nicht offiziell über den Frieden zu verhandeln, vor allem auf den Einfluß Clemenceaus zurückführt. Dieser Beschluß wird indes England kaum daran verhindern können, jene

mehr dem Frieden geneigte Politik fortzusetzen, die unter dem steigenden Druck der Arbeitermasse von der englischen Regierung eingeschlagen worden ist. Beweis: die heute wiedergegebene Erklärung Lloyd Georges, daß die Regierung einem Frieden der östlichen Randstaaten mit Rußland keine Hindernisse in den Weg legen würde.

## Der „Temps“ über die deutsche Antwortnote.

L. U. Genf, 16. Dezember.

Der „Temps“ sagt zu der Note Deutschlands, daß der Ton derselben sehr konziliant gehalten sei. Die deutsche Regierung habe mit Ausnahme der Schiffraumfrage alle Bedingungen des Schlußprotokolls angenommen. Der „Temps“ sagt weiter, daß die deutschen Delegierten schon am Dienstag nachmittag zur Besprechung der Schiffraumfrage mit den Kapitänen der Entente sich treffen werden. Die Entente habe sich also im Prinzip auf Verhandlungen eingelassen. Endlich bemerkt der „Temps“, daß das Inkrafttreten des Friedensvertrages in die Nähe gerückt sei.

## Vor dem Generallstreik in Belgien.

Paris, 16. Dezember.

Nach einer Privatmeldung des „Journal des Débats“ auf Brüssel ist die Lage im Westen von Charakter infolge der Streikbewegung sehr ernst. Der Streik nehme in Begriff, allgemein zu werden. Die Holzer und Mechaniker hätten die Arbeit verlassen. Mehrere Gruben drohen zu ersaufen. Der Berichtsführer behauptet, die Bergarbeiter seien ohne Anknüpfung in den Streik getreten, und die Grubenbesitzer beabsichtigten, Widerstand zu leisten, da erst im September Lohn erhöhungen bewilligt worden seien.

H.N. Brüssel, 16. Dezember.

Das Wirtschaftsministerium hat im Zusammenhang mit dem Streik die Verteilung der Steinkohlen übernommen. Es stellt mit, daß mit den Steinkohlenlieferungen aus Deutschland 1700000 Tonnen der Entente nur 700000 Tonnen monatlich liefern könne. Die belgische Regierung werde die Ausfuhr nach dem Auslande sperren. Es seien Maßnahmen getroffen, um das Ersaufen der Gruben zu verhindern. Zum Schutze der Arbeitswilligen sollten Truppen aufgebotsen werden.

Die Forderungen der Bergarbeiter zielen auf eine Alterspension von 2 Francs täglich, einen achtstündigen Arbeitstag, eine 50prozentige Lohnhöhung für Arbeiter, die in den Gruben arbeiten und eine 40prozentige Lohnsteigerung für Arbeiter, die an der Oberfläche tätig sind, hin.

europäischen Großmächten müsse unter allen Umständen zurückgewiesen werden.

Die englische Regierung ging noch weiter. Am 22. Juli erklärte Grey dem österreichischen Vorkämpfer, sie werde ihren Einfluß dahin geltend machen, daß die österreichisch-ungarischen Forderungen, falls sie gemäßigter seien und sich mit der Selbstständigkeit des serbischen Staates vereinbaren ließen, von der serbischen Regierung angenommen würden. Und in demselben Sinne wirkte der englische Minister des Auswärtigen auf Petersburg ein.

Aber selbst diese Haltung Englands hatte nicht den Beifall Wilhelms II. An den Bericht, in dem ihm von den Aeußerungen Greys Kenntnis gegeben wurde, fügte er die Bemerkung, daß über die Art der österreichischen Forderungen nicht Grey zu befinden habe. Das sei Sache des Kaisers Franz Josef, und die Andeutung, daß es nicht möglich sei, auf Grund leichtfertiger Behauptungen in Belgien Vorstellungen zu machen, verwarf er mit der Bemerkung: „Was ist leichtfertig? Wie kann Grey so ein Wort über den alten ehrwürdigen Herrn gebrauchen!“ Von einer möglichen Einwirkung Deutschlands in Wien wollte er noch am 23. Juli nichts wissen: „Wie käme ich dazu! Geht mich gar nichts an! Was heißt unerfüllbar? Die Kerls haben Agitation mit Nord getrieben und müssen gedudt werden.“ Die Annahme, Deutschland werde sich mit Forderungen, die offensichtlich den Zweck hätten, den Krieg herbeizuführen, nicht identifizieren, wies der Kaiser als unerhörte Zumutung zurück: „Das ist eine ungeheuerliche britische Unverschämtheit. Ich bin nicht berufen.“

à la Grey S. M. dem Kaiser Vorschriften über die Wahrung seiner Ehre zu machen.“

Der Wortlaut des österreichischen Ultimatum's rief die englische Regierung aus allen Himmeln. Grey erklärte Litwinoff, daß die österreichische Note alles überreife, was er bisher in dieser Art jemals gesehen habe. Ein Staat, der diese Bedingungen annehme, höre doch eigentlich auf, als selbständiger Staat zu zählen. Er bedauert lebhaft die kurze Frist, die der serbischen Regierung zur Beantwortung gegeben sei, und spricht sich dafür aus, daß England mit Deutschland zusammen im Sinne einer Fristverlängerung in Wien vorstellig werde. Er rät ferner an, daß für den Fall einer gefährlichen Spannung zwischen Rußland und Oesterreich die vier nicht unmittelbaren beteiligten Staaten, England, Deutschland, Frankreich und Italien, zwischen Rußland und Oesterreich-Ungarn die Vermittlung übernehmen sollten.

Aber Wilhelm II. denkt nicht daran, auf diese Vorschläge einzugehen. Die Zerstörung der Selbstständigkeit Serbiens wäre ihm sehr erwünscht, denn: „es ist kein Staat in europäischem Sinne, sondern eine Räuberbande“. Den Versuch in Wien, eine Fristverlängerung durchzusetzen, bezeichnet er als nutzlos und die Vermittlungsfaktion der vier Großmächte als überflüssig, da Oesterreich Rußland schon orientiert habe und Grey ja nichts anderes vorschlagen könne. „Ich tue nicht mit, nur wenn Oesterreich mich ausdrücklich darum bittet, was nicht wahrscheinlich ist. In Ehren- und vitalen Fragen konsultiert man andere nicht.“ Dementisprechend telegraphisch: Paris am 25. Juli an Litwinoff.

Die Ablehnung der Vermittlungsvorschläge. Ob. Aus der Schar der staatsmännisch aufgeputzten deutschen Minderwertigkeiten von 1914 ragt als einzige Figur von bemerkenswertem Wuchs der deutsche Vorkämpfer in London, Fürst Litwinoff, hervor. Er besitzt ein volles Verständnis für die verhängnisvollen Fehler der österreichischen Serbenpolitik und erkennt frühzeitig die Gefahren, denen die Berliner Regierung in ihrer frivolsten Verstocktheit zuweilt. Seinem gepreßten Herzen macht er am 16. Juli in einem Schreiben an den Reichskanzler Luft. Er nennt als erste Voraussetzung einer einigermaßen Erfolg versprechenden Politik Oesterreichs an seiner Balkangrenze das Vorhandensein eines klaren Programms, „das auf der Erkenntnis beruht, daß der heutige staats- und völkerrechtliche Zustand innerhalb der serbo-kroatischen Völkergemeinschaft, der einen Teil dieser nur durch die Religion, nicht aber durch die Rasse gespaltenen Nation dem österreichischen, einen anderen dem ungarischen Staat, einen dritten der Gesamtmonarchie und einen vierten und fünften endlich unabhängigen Königreichen zuweist, auf die Dauer nicht haltbar ist“. Während erinnert er an die vorhergegangene Balkankrise, bei der das Bestreben, den geheiligten Status quo aus Bequemlichkeitsgründen unter allen Umständen aufrecht zu erhalten, wieder, wie schon so oft, zu einem völligen Zusammenbruch des auf diesen Grundlagen erbauten politischen Kartenhauses geführt hat. „Eine militärische Züchtigung Serbiens hätte daher niemals den Zweck oder das Ergebnis einer befriedigenden Lösung der so überaus schwierigen südwestlichen Frage, sondern bestenfalls den Erfolg, die mühsam beigelegte orientalische Frage von neuem ins Rollen gebracht zu haben, um Oesterreich eine moralische Genugtuung zu verschaffen.“

Litwinoff bezweifelt, daß Rußland ruhig bleiben werde, und er glaubt mit Bestimmtheit sagen zu können, daß es nicht gelingen werde, im Kriegsfall die öffentliche Meinung Englands zu Gunsten Serbiens zu beeinflussen, „selbst durch Herausbeschwörung der blutigen Schwärzen Drago's und ihres Völkens, deren Befreiung vom hiesigen Völkstum schon längst vergessen ist und daher zu den historischen Ereignissen gehört, mit denen, soweit außerbritische Länder in Frage kommen, man hier im allgemeinen weniger Vertrautheit besitzt, als bei uns etwa der durchschnittliche Quarantäne“.

Über der Vorkämpfer predigt tauben Ohren. Wilhelm II. nach wie vor der Meinung, durch den fortgesetzten Hinweis auf die serbischen Königsmörder die monarchische Regierung des Auslandes beeinflussen zu können, und seine Staatsmänner gehen unbeirrt den Weg weiter, den sie am 6. Juli eingeschlagen haben. Herr v. Jagow insbesondere hat in einem vom 18. Juli datierten Briefe an den Botschafter in London das österreichische Bündnis mit einem Bittat aus Wilhelm's Wunsch zu rechtsfertigen und skizziert die Grundlinien der deutschen Politik folgendermaßen:

„Wir müssen sehen, den Konflikt zwischen Oesterreich und Serbien zu lokalisieren. Ob dies gelingen kann, wird zunächst von Rußland und in zweiter Linie von dem möglichen Einfluß seiner Orientierungsabstimmung. Je entschlossener sich Oesterreich zeigt, je energischer wir es stützen, um so eher wird Rußland still bleiben. Einiges Gepöhl in Petersburg wird zwar nicht ausbleiben, aber im Grunde ist Rußland jetzt nicht schlagfertig. Frankreich und England werden jetzt auch den Krieg nicht wünschen. . . . Bäh! sich die Lokalisierung nicht erreichen und greift Rußland Oesterreich an, so tritt der casus federis (Bündnisfall) ein, so können wir Oesterreich nicht opfern.“

Der feste Glaube an die englische Neutralität gehörte zum deutschen Programm, und deshalb will ihn auch Jagow nicht erschüttern lassen. Er war um so mehr von der Möglichkeit seiner Ratifikation überzeugt, als Sir Eduard Grey, der die von Berlin geschürten österreichischen Pläne nicht konnte und mit einer friedlichen Beilegung des Konfliktes rechnete, sich in jener Zeit sehr ruhig und zurückhaltend äußerte. Alles, so setzte er dem deutschen Vertreter mit, kam, komme darauf an, welche Form von Genugtuung verlangt werde, und ob dies mit Mäßigung geschehe, hauptsächlich aber auch, ob die gegen Serbien erhobenen Ansprüche auf beweiskräftiger Grundlage geltend gemacht würden. Auf diese Weise hoffte er, daß der Streit sich werde beilegen lassen, denn der Gedanke an einen Krieg zwischen



Das Vorschlag Sir Edward Grey Wien mitzuteilen. Da Minimum heute schon abgelehnt und Graf Bernstorff nach Vertagungsnachrichten in Prag ist, glaube ich, daß Fristverlängerung nicht mehr möglich sein wird.

Der Vorkämpfer in London mahnt und warnt. Am 25. Juli telegraphiert er privat an den Staatssekretär v. Jagoth:

Ich möchte Sie nochmals auf die Bedeutung des Grenzschlages der Vermittlung zu Wien zwischen Oesterreich und Rußland hinweisen. Ich erlaube hierin die einzige Möglichkeit, einen Weltkrieg zu vermeiden, bei dem für uns alles auf dem Spiele steht und nichts zu gewinnen ist. Abzweigen wird, so wird auch Grey sich nicht mehr rühren. Solange wir noch nicht mobilisiert, ist die Vermittlung immer noch möglich und eine Verlegung des Errettetes, die für Oesterreich annehmbar ist. Unsere Ablehnung aber würde hier sehr verstimmen, und ich glaube nicht, daß falls Frankreich hineingezogen wird, England gleichgültig bleiben dürfte. Ich rate noch einmal dringend dazu den englischen Vorschlag anzunehmen und dies in Wien und Petersburg bekanntzugeben.

In einem Telegramm vom folgenden Tage heißt es: Daß aus demartigen Vorgehen Oesterreich einen Weltkrieg hervorzurufen muß, hat hier niemand bezweifelt. Sollte Augenblick für gekommen, Vermittlung im Sinne Sir Edward Greys eintreten zu lassen, was allerdings wohl zur Voraussetzung hätte, daß Oesterreich bereit, auf weitere Vorbeeren zu verzichten.

Alles ist vergeblich. Berlin beschränkt sich zunächst auf eine einfache Weiterleitung der englischen Vorschläge nach Wien, um die Form zu wahren. Es denkt nicht daran, seinen starken Einfluß bei der österreichischen Regierung in die Waagschale zu werfen. Erst zwei Tage später beginnt es ihm zu dämmern, daß die Sache am Ende doch nicht so ungefährlich sei. Die zweifelhafte Haltung Italiens, und die Demonstrationen der deutschen Sozialdemokratie verärgern den Eindruck der österreichischen Ratschläge. Aber auch jetzt noch wendet man der Wiener Regierung gegenüber nicht die nötige Energie an, sondern versucht England durch Versprechungen zu gewinnen. Bethmann erklärt dem englischen Vorkämpfer, daß Deutschland keine territoriale Verleumdung auf Kosten Frankreichs in Europa anstreben werde, und sichert die Integrität Hollands zu. Ueber Belgien macht er am 29. Juli schon sehr zweifelhafte Andeutungen, glaubt sie aber den Engländern durch die sehr allgemein gehaltene Andeutung über die Möglichkeit eines allgemeinen deutsch-englischen Neutralitätsabkommens in der Zukunft schmackhaft machen zu können.

Grey lehnt diese Hummungen energisch ab, und schon bevor sie ihm bekanntgegeben waren, hatte er eine neue Warnung an Deutschland gerichtet. Die besieht Wilhelm II. in die fürchterlichste Wut. Die Bemerkungen des Ministers, daß die Lage sich immer mehr zuspizte, entlockt ihm den Entlastungsschrei: „Das stärkste und unerhörteste Stück englischen Pharisäertums, das ich je gesehen! Mit solchen Halunken mache ich nie ein Flottenabkommen.“ Und am Schluß der Wiennotizschleife entläßt sich sein Horn in wildem Geschimpfe.

England belouhert sich im Moment, wo es der Ansicht ist, daß wir im Lappjagen eingeschickt sind und sozusagen erledigt! Das gemeine Krämmergeschubel hat uns mit Dines und Neben zu täuschen gesucht. Die größte Täuschung, die Worte des Königs für mich an Geruch: „We shall remain neutral and try to keep out of this as long as possible.“ (Wir werden neutral bleiben und versuchen, uns solange als möglich drauhen zu halten.) Grey kratzt den König, und diese Worte an Wiennotiz sind der Ausfluß des bösen Gewissens, daß er eben das Gefühl gehabt hat, uns getäuscht zu haben. Zudem ist es tatsächlich eine Drohung, mit Rußland verbunden. Um uns von Oesterreich loszulösen und an der Mobilmachung zu hindern und die Schuld am Kriege zuzuschreiben. Er weiß ganz genau, daß, wenn er nur ein einziges, scharfes, abzunehmendes Wort in Paris und Petersburg spricht und sie zur Neutralität ermahnt, beide sofort still zu bleiben werden. Aber er hütet sich, das Wort auszusprechen, sondern droht und spott dessen (Gehörner Hundstoll) England allein trägt die Verantwortung für Krieg und Frieden, nicht wir mehr! Das muß auch öffentlich klargestellt werden.

Also England war schuldig! Die Art, wie Deutschland, unbekümmert um die Rücksichten auf das übrige Europa, Oesterreich-Ungarn vorwärtsgerichtet hatte, kam nicht mehr in Betracht. Englischer Krämerfuss, englische Niedertracht

und Gumböflichkeit, hatten den Weltkrieg heraufbeschworen. Daß russische Anregungen, eine Vermittlungsaktion zwischen Oesterreich und Serbien durchzuführen, ebenfalls von Deutschland abgewiesen wurden, ist selbstverständlich. Daß der von der französischen Regierung am 21. Juli ausgesprochene Wunsch, der Konflikt möge lokalisiert bleiben, von Wilhelm II. als „Quatsch“ bezeichnet wurde, dient zur Charakteristik dieses vortrefflichen Herrschers. Alles war darauf angelegt, den habsburgischen Waffen Gelegenheit zu einem glänzenden Sieg über den kleinen Nachbar zu geben und es erregte bei dem Kaiser und seinen Staatsmännern die stärkste Empörung, als sich herausstellte, daß Europa diesem Reichelord an Serbien nicht ruhig zusehen werde. Gleichzeitig stellte sich dann allerdings auch die Furcht ein. Aber da die Wut ein schlechter Ratgeber ist, und da außerdem jetzt die militärischen Stellen in der Sorge, um ihren frisch-fröhlichen Krieg zu kommen, eingriffen, war nichts mehr zu retten. Das solange und so energisch vorkriegsgetriebene Wien ließ sich nicht mehr zurückhalten. In Berlin mischten sich Kriegslust und Angst und erzeugten eine fast lächerliche Kopflosigkeit. Das Unheil war im Zuge und nahm seinen Lauf.

## Rings um Reinhard.

Oberst Reinhard hat sich nach seinem Abgang auf ein stilles pommerisches Gut zurückgezogen. Die alldeutsche Presse bejagt in der Zwischenzeit keine Geschäfte, häuft Klagen auf Anklagen über die Regierung und greift vor allem Herrn Noske heftig an, weil er „ohne einen Funken von Anstandsgefühl“ sich dem Verlangen seiner Regierungsfolger gefügt und den Oberst in einer beleidigenden Form verabschiedet habe.

Um einen besonderen Trampf auszuspielen zu können, wird ein Protokoll der Vertrauensleute der Brigade Reinhard veröffentlicht, das auf eine Unterredung mit Noske Bezug nimmt, in der sich die Vertrauensleute einstimmig für ihre Obersten erklärt haben. Wir kennen diesen Spund. Die Vertrauensleute haben im Noske-Heer ungefähr die gleichen Rechte wie die Küchenkommissio-nen zur Zeit Ludendorffs. Das heißt, sie haben nichts zu sagen und müssen lediglich ihren Namen dazu hergeben, um die Schiebungen von hinten herum zu decken, damit die Mannschaften nicht auffällig werden. Eine Zeilang war das bei Reinhard anders. Es gab einige Vertrauensleute die mit einer eigenen Meinung hervorzutreten wagten. Diese Leute wurden von Reinhard über schnell erledigt. Er warf sie zum Tempel hinaus und ließ sie durch solche Personen ersetzen, die willige Werkzeugzeuge seiner Bestimmung sind.

Die Stammdruckungen, die von dieser Seite ausgehen, sind also nichts weiter als ein Komödienspiel. Es muß schlecht um die tatsächlichen Gründe der alldeutschen Presse gestellt sein, wenn sie dem Abgang des Obersten Reinhard mit solchen demagogischen Kniffen eine tragische Gestaltung zu geben versucht. Wir können bei dieser Gelegenheit nur das wiederholen, was wir schon mehrmals gefordert haben. Oberst Reinhard hat die Massenschlächerei in der kaiserlichen Strafe empfangen. Er ist noch für eine ganze Reihe weiterer Verbrechen verantwortlich, die unter seinen Direktiven während der Märzämpfe in Berlin verübt worden sind, und die bisher ebenso wie der Matrosenmord noch keine Sühne gefunden haben. Oberst Reinhard muß daher wegen Anstiftung zum Mord unter Anklage gestellt werden. Denn Verbrechen ist Verbrechen!

## Jungie Seelengemeinschaft.

Der „Vorwärts“ hat es nicht über's Herz gebracht, über den Marlob-Prozess auch nur eine einzige eigene Zeile zu schreiben. Er druckte lediglich eine längere Notiz aus dem „Sozialdemokratischen Pressebüreau“ nach und wurde dadurch von der gesamten rechtssozialistischen Provinzpresse beschämt, die über den Prozess mehrere Leitartikel brachte. Umso eifriger hat der „Vorwärts“ dafür den Prozess Lindner ausgeklacht. Er tat dies in seiner kaffsam bekannnten demagogischen Art, die am besten dadurch ge-

kenntlich wird, daß die alldeutsche Presse sich die „Vorwärts“-Kommentare zum Lindner-Prozess zu eigen macht, sie wörtlich nachdruckt und ihnen das Lob spendet, sie seien so vorzüglich, daß sich eine eigene Stellungnahme vom alldeutschen Gesichtspunkt aus dazu erübrige.

Wir beglückwünschen den „Vorwärts“ zu dieser innigen Seelengemeinschaft mit den Alldeutschen. Die Einheitsfront zwischen der „Deutschen Tageszeitung“ und dem Zentralorgan der Rechtssozialisten ist so bezeichnend, daß auch wir es nicht nötig haben, ein Wort der Charakteristik darüber zu verlieren.

## Helfersbester der Klassenjustiz.

Die „B. V. R.“ haben sich der traurigen Aufgabe unterzogen, dem Urteil gegen den Genossen Allan eine Rechtfertigung zu geben. Alles, was sich seit dem 9. November in Halle abgespielt hat, wird dem Genossen Allan in die Schuhe geschoben. Sogar das schauerhafte Verbrechen, das er versucht habe, den A. und S. Rat zum Träger der vollziehenden Gewalt zu machen. Auch für die Unruhen, die sich infolge des Eingangs der Marler-Truppen in Halle abgespielt, wird Allan verantwortlich gemacht. Tatsächlich sind aber diese Unruhen erst durch den Eingang Moerlers hervorgerufen worden. In Halle herrschte während des ganzen Generalstreiks müde Ruhe und Ordnung. Der Generalstreik wäre, ebenso wie in Leipzig, ohne jeden Zwischenfall verlaufen, wenn nicht das provokatorische Auftreten der Regierungstruppen die Bevölkerung zum Widerstand herausgefordert hätte. Gerade der Genosse Allan hat sich um die Aufrechterhaltung der Ordnung während des Generalstreiks äußerst verdient gemacht.

Aber man sollte sich an dem 9. November rächen. Es wurde deshalb alles gegen Allan zusammengetragen, was sich seit dieser Zeit in Halle abgespielt hat. Sogar zu dem behabaren Paragrafen der Aufreizung zum Klassenhaß mußte man greifen, um eine Verurteilung zu ermöglichen. Es kennzeichnet die Methoden der „B. V. R.“ treffend, wenn sie dieses Urteil für durchaus angemessen und gerecht halten. Und es kennzeichnet auch den „Vorwärts“, der sich die Auffassung der „B. V. R.“ zu eigen macht. Für ihn ist die Zeit vorbei, wo „Aufreizung zum Klassenhaß“ ein Kampfmittel der bürgerlichen Justiz zur Niederhaltung der sozialistischen Bewegung war. Er ist heute zum Helfersbester dieser Justiz geworden.

## Eine Stimme zur Veröhnung.

Der Bund der Kriegsteilnehmer unter den französischen Parlamentariern hat einstimmig folgende Entschliessung angenommen:

„In Anbetracht der Tatsache, daß die Zurückhaltung der Kriegsgefangenen uns in die Zeit der Sklaverei, die wir für immer überwunden glaubten, zurückführt, und einen unerträglich hohen Preis bedeutet und eine offene Unmenschung des menschlichen Gewissens darstellt, erheben wir mit Entrüstung Einspruch gegen die Gefangenschaft unserer Kameraden aus den Staaten, die unsere Feinde gewesen sind. Was Frankreich anbetrifft, so fordern wir die Kriegsteilnehmer unter den Abgeordneten, ohne Unterschied der Partei, auf, eine energische Aktion einzuleiten und zu verfolgen, um die umgehende Heimendung aller Kriegsgefangenen zu erlangen.“

Derartige Forderungen haben einen weit praktischeren Wert für die Heimückführung unserer Kriegsgefangenen als das ganze alldeutsche Geschrei, das hierzulande mit dieser ernstesten Frage verknüpft wird. Es sei bei dieser Gelegenheit auch noch einmal auf den Vortrag des französischen Genossen Paul Colin hingewiesen, der heute Abend im Herrenhaus stattfand und der ebenfalls der Verständigung und Veröhnung dienen soll.

Simon Nachfolgerin. Nachdem die Wahl des Genossen Simon von der Nationalversammlung für ungültig erklärt worden ist, fällt nach Bestimmung des Wahlgesetzes der frei-werdende Sitz der Reichstagskammer Braun zu. Das Mandat geht somit auf die Arbeitersekretärin Helene Gruenberg von den Rechtssozialisten über.

Der Oberste Rat wird vermutlich vor Mittwoch seine Sitzungen abhalten. In der Mittwochssitzung soll dann zunächst zu der deutschen Antwortnote Stellung genommen werden. Außerdem wird Staatskanzler Dr. Reuter empfangen.

## Bücher unserer Zeit.

Der große Roman Roman Hollands „Johann Christof“ (Verlag Rütten u. Lohmann, Frankfurt a. M.), der am Lebensschicksal eines deutschen Philosophen die tiefsten Zusammenhänge westlicher Kulturen aufzeigt, bleibt ein einmaliges, tragendes Monument unserer Zeit. Der sich über den französischen Dichter, der auch im Kriege der Vorkämpfer selbstfertigen internationalen Geistes blieb, und die anderen literarischen Wegbereiter des neuen Frankreich (Gide, Claudel, Scares, Peguy) unterrichten will, der findet eine alademisch gehaltene, aber ausschließliche Einführung in die geistigen Strömungen des heutigen Frankreich und sein zeitgenössisches Schrifttum in dem Buche von Ernst Robert Curtius (Verlag Stepenheuer, Potsdam), das sich möglichst an Tatsachen hält und den Blick vorwärts auf eine gemeinsame neue Geisteswelt Europas richtet, ohne dabei freilich bis zu den sozialistischen Grundlagen durchzudringen. Aber diese Einstellung fehlt ja der heutigen Literatur noch zumeist, auch wo die Intellektuellen oder Gelehrten mit den sozialistischen und kommunistischen Ideen gefühlsmäßig sympathisieren. Ein sozialer Weltanschauer von hohem literarischen Range ist Jakob Wassermann, aber auch in seinem letzten Roman „Christoph Wahnische“ (E. Fischer-Verlag) kommt er doch nur zu einer traffen Spiegelung innerer und äußerlicher Geschehnisse im Schatten einer wurzellosen Mystik. Der junge und schöne Erbe eines märchenhaften Reichums wendet sich von der reichlich gelohnten Welt des Genusses ab und geht den Leidensweg des Erfinders, der Dienen und Zubehören die Bruderhand reicht. In der Ueberführung eines Luftschiffes und der Entwirkung kriminologisch-psychologischer Probleme verliert sich der Dichter allmählich aus der geistigen Höhe von den Spuren Dostojewskis auf die Flade des Kriminal- und Detektivromans. Aber in der Hülle feilscher und allzu betont abenteuerlicher Verwicklungen, in der Schilderung des menschlichen Glanzes und verlockenden glänzenden Scheins ist alldurchklingende Wahrheit von dichterischer Kraft unkomment und gemeisert. Unter den Männern sind viele schwachverköllt aus dem Leben zu erkennen. Vorbilder aus Industrie, Gesellschaft und Theater. Von den weiblichen Gestalten ist die körperlich-geistliche Prägung des ermoderten jüdischen Mädchens vollendet als die romanhaft geliebene Tängerin, der ganz Europa zu Füßen liegt und die sogar die Politik des russischen Großfürsten Nikolai beherrscht. Ihr bunt-schillernder Lebensgang nimmt einen breiten Raum in dem zweifelhafte Roman ein.

Den Tängerinnen, die in unserer Zeit mehr denn je Augen und Sinne auf sich lenken, sind außer mehrere Bücher jüngerer Dichter gewidmet. Erich R. Schmidt, der unsere Leser aus seinen einprägsamen Skizzen kennen und dessen „Tage am Meer“ (Verlag Heinrich Witten, Dresden) Leben und Landschaft der Ostsee auf knappen Seiten voll Duft und Farbe schimmern liehen, nennt seinen jüngst erschienenen ersten Roman schlanke „Die Tängerin“. (Verlag Oesterheld und Co., Berlin). In einem sehr gepflegten Stil, der Ausdruck eines verfeinerten Empfindens ist und die bloße Nachahmung expressivistischer Manieren aus- vermeidet, verströmt er das ganze Leben ausblühender und wellender Jünglingsliebe um eine Tängerin durch Sehnsüchte, Enttäuschungen und Entbehrungen, bis er tot ist und sie im Himmels Hoes Ruhmes steht. Wühelnder Rhythmus der Buchstaben ringt auf. In diesen Menschen fiebert verzehrende Leidenschaft jenseits der nur flüchtig ange deuteten sozialen Not. Die feinsten Situationen spiegeln sich in einer auch das Jenseits einschüßig beherrschenden Sprachkunst. Gleichfalls farbige bewegt, aber auf breiterem Grunde und ohne die lyrische Gebundenheit gestilltem Mag Arelis Paraphrasen über eine Tängerin in der Erzählung „Die Maringotte“ (Verlag Ernst Rowohlt, Berlin). Romanistischer Abenteuerzug, etwas gewaltsam aufgeburtelt, jagt hier durch Länder und Menschen, Sprache und Gefühle wie bunte Vögel durcheinander wendend. Sagen die poetifizierte Tanagerdün von phantastischem Ausmaß hebt sich ruhig und schlicht die prunklos geschilderte Wirklichkeit des Lebens und Werdens ab, wie ihn die tänzerisch ausserwählte Greta Wiesenfall an sich erfährt und in ihren soeben bei Rowohlt unter dem Titel „Der Aufstieg“ erschienenen biographischen Aufzeichnungen bis ins kleinste getreulich wiedergibt. Man spürt den zarten Hauch des Glanzes einer Kindheit, erstes Wiegen im Mondschein am Fluß, Freuden und Leiden der Volksschule, selbsterfämpfte Loslösung von den starren Formen, bis ein begnadetes Geschöpf voll Jugend und Sehnsucht, seinen Glauben an Gott und sein Abhauen vom Nichts tangt. Eigene Gespinnnen im Rhythmus der Musik auszubräden und sich selbst zu tanzen, mit den Schwestern im Reigen wie Blumen aneinander zutanken, das war Erfüllung dieses Lebens ohne schweißgetriebene Lust, aber voll Dingegebenheit und sanfter Güte. Frei von Wiselheit und Pose spricht hier ein Mensch zu uns und über sein kleines Einzelgeschick hinaus, sei er um der in Kunst und Leben bewiesenen Wahrhaftigkeit willen gehört.

Und das führt uns nun wieder zu der höchst seltenen Beschreibung eines weiblichen Lebens von Elizabeth

Schaeffer: Elli oder Sieben Treppen heißt diese Buch in Insel-Verlag zu Leipzig, in dem eine Seele aufsteht und wandelt. Elli, die Studentin, immer einem Platte leb-eigen, demütig und dienend, durch viele Hände gehend, ohne eigene Willenskraft, sinkt in sieben Stufen aus geistig edelsten Bezirken bis zur Dürne hinab. Sie endet im Schlamm der Straße, aber ihr und ihren Schmerzen groß und schön das goldene Gestirn der Nacht. Seelensstoff, Verlöcherung des Unendlichen, das in hundert und hundert Gestalten dieses Quilental durchzieht, ist sie dem Dichter: Unendliche Bereitwilligkeit, zu lieben und hierfür nichts zu empfangen als immer von neuem die Erlaubnis dazu. Denn (nach einem schäblichen Wort): Das Gedäch schüttet sich in Fälle aus, aber der Decker setzt seiner Gabe die Grenzen. „Wie Wasser von Klippe zu Klippe geworfen“ ist Elli, der alle ihre Freunde andere und überandere Namen geben, aber ihr Schicksal erfüllt sich dumpf, Verprügelt und zerschunden, kutend und vor Schmerzen ächzend, jammet sie an ihrem Ende unwissend immer dieselben Worte: „Immer willig gewesen, o mein Gott! Nichts Böses getan, o du lieber Gott.“ Immer einsam gewesen!“ Dabei höfste sie hin und wieder: O Gott — nicht weil sie an Gott dachte, sondern, wie ihr Dichter sagt: weil sie nun von dem ersten menschlichen Dant, dem hellen Anblicken A, die Treppe der Völsel hinunter zum dunklen O-Laut des Todes gelangt war; und nur das heulende A des Wahnsinns blieb ihr eripari. In ihrem gebrochenen Willen und der männlichen Uebermacht geht sie an-grunde und noch als eine vom Schicksal grausam Verworfene erscheint sie in höherem Sinne maßellos. So sehr liebt sie ihr Dichter, daß er, wohl in der Furcht, seinem Gefühl für sie ganz zu unterliegen, sie in die Distanz einer chronikartigen Erzählung rückt. Dabei fallen stilistische Ueberheiten auf, die bei einem arithmetischen und gelehrten Art verwunderlich sind. Die Lyrik von Stefan Georges „Siebentem Ring“ und seinem losbar durch-wirkten „Teppich des Lebens“ leuchtet voller Magie auch durch die sieben Stadien Ellis. Ein Profilionsbild in den brennenden Farben der Liebe, mehr fromm ergeben als sozial anlägerisch gemalt, wozu es an Anlaß einem affektiver gerichteten Dichters gewiß nicht fehlte bei diesem Stoff, den in anderer Gestaltung auch Henri Barbusse in seiner „Ollie“ der trostlosen Wergierden durchleuchtet.

Schließlich sei noch Gabriela Zapolska erwähnt, deren Erthos sich ganz in soziale Tendenz wandelt zur Belämpfung miltändelter Weiblichkeit. In einem



# Pressestimmen zum Parteitag.

III.

## „Der Kampf“, München.

Es war immer die Schwäche der alten Sozialdemokratie, daß sie ein wunderschönes Programm besaß, und daß sie im letzten Endes in den tagepolitischen Kämpfen doch nicht wußte, was sie mit ihm anfangen sollte. Immer ging durch die deutsche Sozialdemokratie der Widerspruch zwischen den radikalen Beschlüssen und den politischen Handlungen, die ihnen niemals entsprachen und auch in-  
soweit die bestehenden wirtschaftlichen und politischen Verhältnisse nicht entgegenstehen konnten. So kam es, daß unser Genosse Kurt Eisner in seiner Rede vom 12. Dezember 1918 erzählte, wie er oft zu seinen Freunden gesagt habe: „Da habt ihr das alte Programm. Im ersten Teile wird eine herrliche Sozialdemokratie aufgebaut, und im zweiten Teile werden die praktischen Gegenwartsforderungen aufgestellt und bis zum 7.8. November 1918, in der ganzen Zeit ist auch nicht ein einziger Punkt dieses Programmes durchgeführt worden.“

Die radikalen Beschlüssen des Reichstages und auch ungenügend des Parteitag beschlossenen Aktionsprogrammes. Es wird hier nicht gesagt, was die Parteigenossen und die Arbeiter eigentlich, sofort tun sollen, um die politische Macht zu erlangen. Es wird gesagt, was sie einmal an einem kommenden Tage tun werden oder tun sollen. Wir wollen wissen, wie wir die Parlamente, die Gewerkschaften und die Räte anwenden müssen, um unsere Ziele zu erreichen. Sollen wir in den Parlamenten Reden zum Fenster hinaus halten, oder sollen wir versuchen, für die Arbeiter Posten zu erreichen? Wir haben nicht gehört, wie unsere Partei die Ernährungsschwierigkeiten bekämpfen will, wie sie sich unser Verhältnis zur Welt denkt, gerade jetzt in diesem kritischen Augenblick. Die Arbeiter können nicht auf den großen erlösenden Tag warten, sie brauchen heute Brot und Arbeit. Wir müssen wissen, wie wir mit der bewaffneten Reaktion des Landes, der Junter und der Militärs fertig werden, denn die Aufkündigung des Genossen Kurt Eisner ist doch ziemlich isoliert, wonach uns die Reaktion gar nicht bedauert, und wie seine Interessen daran hätten, die Republik gegen den Ansturm der Reaktion zu verteidigen, wie der Genosse Gierding verlangte. Über alle diese Fragen ist nicht gesprochen worden, obwohl über sie am leichtesten Einigkeit zu erzielen gewesen wäre, denn hier handelt es sich um Notwendigkeiten, die von allen ohne Ausnahme anerkennen. Was dann, wenn die Entente den industriellen Teil von Deutschland besetzt und das gesamte Wirtschaftsleben verkümmern läßt? Auf diese Frage haben wir vom Parteitag keine Antwort bekommen, und doch ist sie die dringende des Tages.

Man sieht, wir haben noch viel zu lernen, bis wir da kommen, klar zu sehen, worum es sich handelt, und was wir sofort zu tun haben. Wir haben noch viel zu lernen, bis wir das Wort Eisners verstehen: „Es gibt nur einen Nationalismus, und dieser Nationalismus besteht darin, was notwendig ist, und was wir wollen.“

In demselben Blatt schreibt Albert Winter jun. über die Internationale:

Ungeachtet dieser Entwicklung Russlands von der Periode der Autokratie zur Periode eines Zwischenstandes von Räuberherrschaft und politischer Demokratie (auch die nichtsozialistische Presse soll wieder erscheinen!) ist es erhellend, daß sich der Parteitag nicht Hals über Kopf der 2. Internationale verschrieben hat; denn wir müssen uns bei einem bedingungslosen Anschluß an Moskau auf den Boden eines Programmes stellen, das praktisch von den Bolschewiken längst aufgegeben ist. Sie sagen ja in ihrem Manifest selbst, daß in Ländern mit politischer Demokratie diese von den Arbeitern in ihrem Kampfe herbeigeführt werden müsse. Der eigentliche Gegensatz besteht darin, ob Deutschland dieselbe Periode der Diktatur durchmachen muß wie Rußland. Die Auflosungen hierüber gehen auseinander. Die Schlichtung dieser widerstreitenden Auffassungen wird durch die Geschichte erfolgen. Die Entwicklung in Rußland bahnt diese Schlichtung bereits an. Die Bolschewiki ändern ihre Methoden. Damit wird eine Annäherung aller Arbeiterparteien eher möglich. Der Kampf der Arbeiter kann heute nur mehr auf internationaler Grundlage erfolgen. Die Organisation der Internationale ist allerdings ein schweres Stück Arbeit, als vielleicht das voraussetzende Gefühl gelten lassen kann. Diese Aufgabe darf nicht überstürzt werden, wie sich nicht müde wird, auszuführen. Sie muß die Internationale aller Arbeiter der Erde sein, also insbesondere auch die Arbeiter der siegreichen Ententestaaten umfassen. Genuß wird ein ergebnisloser Versuch bleiben. Darum unterbleibt er am besten, bis die Vorarbeiten für eine neue, alle

Arbeiterparteien umfassende Internationale weit genug gediehen sind. Es ist heute keine Internationale möglich, die sofort aktionsfähig wäre und uns von allen Schwierigkeiten befreit. Auch die Moskauer kann uns nicht aus der Umklammerung der Entente erlösen, um so weniger, als sich in Rußland selbst Taktik und Methode der sozialen Revolution ändern und Rußland sogenannte Kompromisse mit der Entente abschließen muß. Rußland kann heute nicht für unsere Taktik maßgebend sein, weil sich diese nach der Eigenart jedes Landes richtet.

Das Problem der Internationale muß also mit klarer Vernunft erfaßt werden. Schon Ledebour hat betont, daß die Moskauer ihr Programm ändern müssen. Wir wollen ihre Antwort abwarten.

Eingeweihten ist notwendig, in Deutschland selbst Klarheit über die sofort einzuschlagende Taktik zu gewinnen. In dieser Richtung hat der Parteitag nicht bestrebt. Er hat zwar ein Aktionsprogramm geschaffen, aber es ist zu sehr auf kommende Möglichkeiten oder auch Unmöglichkeiten als auf sofortige Notwendigkeiten eingestellt. Es genügt nicht, zu sagen, man müsse alle parlamentarischen Kampfmittel benutzen. Die Arbeiter fragen: wie und zu welchem Zweck? Die Arbeiter wollen nicht auf den Augenblick der Mächtigkeitsgrenze vertrauen. Sie wollen wissen, was jetzt im Innern und des Entente gegenüber zu tun ist, zumal wir wieder vor der Gefahr der Zertrümmerung Deutschlands stehen. Leider hat sich der Parteitag mit dieser Frage sehr wenig beschäftigt. Das wird nachzuholen sein!

## „Volkszeitung für das Vogtland“, Plauen i. V.

Die Debatten waren heiß und bewegt. Keiner Stunde dertann ohne Zusammenstoße. Es waren mehr als nur die Reflexe unserer im allgemeinen ausgewählten Reizen. Die U. S. V. ist ein in der Feuern der Revolution gegohenes Parteigebilde. In ihr glüht nicht nur die Wärme jenes revolutionären Willens, das sich in der tiefen Einsicht in die sozialen Triebkräfte und sozialistischen Möglichkeiten unserer Tage entzündet hat. In ihr flammt auch das wilde hemmungslose Feuer, das furchtbare Rot, tiefe Erbitterung und Enttäuschung und heißes Wollen nach Schönerem und Höherem zur Mutter hat. Dies mit robusten Armen sich regende rein Gefühlsmäßige der revolutionären Strömung in die Bahnen zu führen, die historische Erziehung und marxistische Wissenschaft vorgezeichnet, das ist die große Aufgabe, die vielleicht noch auf lange hinaus unseren Parteitagern gestellt sein wird. Die Synthese zwischen sozialistischer Wissenschaft und revolutionärem Glauben herzustellen, das ist das Problem, um dessen Lösung unsere Partei ringt und in inneren Kämpfen blüht.

Roch ist diese Synthese nicht vollendete Tatsache. Noch beinhalten des Schiffs Steuer in höchstem Maße der Kompaß der Gefühle und der Wünsche. Um gleich eines vorweg zu nehmen: Weder die innerpolitische Lage in Deutschland noch die internationale Lage scheint bei der Gruppe, die mit zwei bis drei Dutzend Stimmen Mehrheit ununterbrochen den Parteitag zu beherrschen sucht, zureichend beurteilt worden zu sein. Und doch müßte die Betrachtung und richtige Beurteilung der allgemeinen politischen Lage bei der Festlegung der Kampfmethoden der Unabhängigen Sozialdemokratie von entscheidendem Einfluß auf die zu bestimmende Taktik sein.

Was hängt davon ab, die Massen der Schaffenden in Deutschland unter einer Banner zusammenzuführen. Und deshalb sollte man von dem Brauch abkommen, so leichtlich von der Einigung der Arbeiterklasse zu sprechen, wie es in gewissen Kreisen der Partei geschieht. Es sollte alles unterlassen werden, was den Einigungsprozess unnötigerweise hängen könnte. Man sollte nicht mit völpflicher Annäherung, Bannbrüche und Scheiterhaufenurteile gegen jeden werben, der in der einen oder anderen Frage noch eine abweichende Meinung hat. Geht die Unabständigkeit gewisser Kreise von der dreierzeilekommunistischen Fratellität in der U. S. V. doch soweit. Mitglieder der eigenen Partei, die wahrlich in schlimmeren Zeiten als den jetzigen, Überlebensstreue, revolutionären Wagemut und Opferinn bis zur Begeisterung zur Selbstvernichtung bewiesen haben, als „Rechtssozialisten“ zu beschimpfen, wenn sie sich weigern, das Wortchen „Revolution“ mit einem dreifachen R zu schreiben. Scheint man doch in jenen Kreisen eine erneute Spaltung der eigenen Partei nicht tragisch zu werten, wenn dabei nur der Widerstand gegen die eigenen Ansichten über tatsächliche Notwendigkeiten überprengt wird. Das trat klar zutage bei der Sturmdebatte über die Frage der Internationale und bei der Wahl der Parteileitung.

Die Stellung der Stöcker-Genossen Gruppe zur Internationale entspringt einer vollkommen falschen Beurteilung der Weltlage und des Tempos im Weiterstreiten der Weltrevolution. Der bedingungslose Anschluß an die Moskauer Internationale wäre ein politisches Armutszeugnis für die deutsche Unabhängige Sozialdemokratie gewesen. Der Beschluß

hätte gezeigt, daß unserer Partei jeder weltpolitische Will und jedes Gefühl für die internationale politische Situation fehlt. Die linke Gruppe hat sich an der Hand von Führern der U. S. V. bis an jene Grenze führen lassen, wo Gefühlstriebe und Egoismus über verstandsmäßige Erwägung und marxistisch geleitete revolutionäre Energie siegen und die Politik bestimmen. Die Partei wurde mit bis an diese Grenze gerissen! Freischwimm-freischwimm verließen gewisse Kreise in der Partei den merkwürdigen Brauch einzuführen, den materialistischen Wert und die politische Zuverlässigkeit des einzelnen Parteigenossen nach der Haltung zu bemessen, die er zur dritten Internationale einnimmt. Wer möglichst laut für den bedingungslosen Anschluß an die Sowjetregierung eintritt, dessen sozialrevolutionäre Gesinnung ist einwandfrei erwiesen. Wer aber Bedenken äußert, ist ein recht zweifelhafter Geselle und wert, auf den Schindanger der Parteileitung gefahren zu werden. Das Gothaer Parteiblatt, das sich in diesen Tagen einen wohlgelegenen Schlaf aus den Augen gerieben hat, vertritt diese halbwegs Unterzeichnung mit ganz besonderer „revolutionärer“ Schärfe. Seine Ausführungen sollen unsern Lesern in einer der nächsten Nummern der Volkszeitung vorgeführt werden.

Jede ersprießliche Mächtigkeitsarbeit muß unmöglich werden, wenn diese Methoden bei uns Handrecht finden sollten. Jede Diskussion wird vergiftet, jede kritische Forderung fruchtlos gemacht, wenn eine bestimmte Meinung in einer Einzelstunde von vornherein zum Schiboleth der guten und wahren und wahrhaft revolutionären Gesinnung erhoben wird. Solch parteipolitische und parteikonserbative Unabständigkeit kampt in Kommunisten im prägnanten Wumengarten unserer reichen Geisteslebens. Sie muß bei längerer ungeänderter Wirksamkeit Verderbung in unseren Parteiführer tragen. Sie muß dahin-führen, daß jeder „braue“ Volksverarmungsredner den Stein gegen jeden hebt, der auf Grund tieferer Einsicht in das ökonomische und politische Gesellschaftsgerüste Thesen aufstellen muß, die nicht ins augenblicklich beliebige Konzept passen. Diese Unabständigkeit ist die schwerste Gefahr für die organische Geflossenheit unserer Partei. Sie kann dahin führen, daß eintritt, was Dührmann mit tiefer Bewegung der Stöckerischen Gruppe mahndend vorhielt: Daß viele politisch heillos werden, denen die Sache des Sozialismus und der proletarischen Revolution wahrlich nicht weniger als den andern am Herzen liegt.

# Groß-Berlin.

## Die Befoldungsvorlagen in Charlottenburg angenommen.

Die Charlottenburger Stadtratsversammlung hat sich gestern in einer außerordentlichen Sitzung mit der Neugehaltung der Befoldungsvorlagen für die hiesigen Beamten und Angestellten, der Lehrer sowie mit der Erhöhung der Gehälter der besoldeten Magistratsmitglieder. Den Bericht des Ausschusses erstattete Stadtratsmitglied Meyer (Dem.), der die Vorlagen mit der die Vorlagen ohne genügende Durchberatung zur Beschließung kommen sollen, mit der Bildung der Einheitsgemeinde Groß-Berlin und dem drohenden Eingriff des Reiches redefertigte. Auch die sofortige Erhöhung der Gehälter der Magistratsmitglieder sei dringend notwendig. Da aber diese neuen Gehälter erst vom Unterrichtsausschuß genehmigt werden müßten, beantragte er, den Unterschied zwischen dem bisherigen und dem künftigen Gehalt solange als Teuerungszulage zu zahlen, bis die neuen Gehaltsbescheide genehmigt seien.

In der Aussprache betonte Genosse Dert, daß die Unabhängige Reaktion trotz der von ihr stets bewiesenen Sympathie für eine ausreichende Bezahlung auch der Beamten den Vorlagen nicht zustimmen könne. Ihre Verabschiedung erfolge zu Unrecht und ohne jede Rücksicht auf die Gehälter in den anderen Gemeinden und die künftige Gestaltung der Einheitsgemeinde. Das gebe zu lebhaften Bedenken Veranlassung, denn wenn die geplante Sperrverordnung wirklich in Kraft treten würde, dann erfolge zwar in Charlottenburg und P. merkwürdig die Neuzugabe, aber in allen anderen Gemeinden nicht. Die Tatsache, daß nur diese beiden westlichen Gemeinden eine so große Eile mit der Verabschiedung dieser Vorlagen an den Tag legen, rufe die berechtigten Vermutung wach, daß es sich neben dem beabsichtigten Ermittlung um die Gunst der Beamten auch um die Erschwerung der Verhältnisse in Groß-Berlin handele. Mit größter Entschiedenheit kämpfte Genosse Dert die vorgeschlagene Erhöhung der Gehälter der Magistratsmitglieder, auch sie erfolge ohne jede Rücksicht auf die Einkommensverhältnisse, belaste diese mit großen Summen, obwohl ein Teil der Erhöhungen nur den Charakter von hohen Pensionen für frühere und im vollen Maße ihrer Erwerbsfähigkeit fehlende Personen habe, die leicht in anderen Eoelungen Unterkunft finden würden, für die also gar keine Entschädigung angedacht sei. Man wolle aber auch den Magistratsmitgliedern eine weitestgehend größere Erhöhung zubilligen, als den übrigen Gruppen, das sei im höchsten Maße unsozial. Die vorgeschlagenen Sätze würden fast eine Verdoppelung bedeuten, während im allgemeinen bei der Befoldungsregelung die Erhöhung bei den höheren Gruppen immer geringer werde.

Die übrigen Fraktionen erklärten ihre Zustimmung zu den Vorlagen, auch die Rechtssozialisten, die selbst gegen die hohen Magistratsgehälter nichts einzuwenden hatten. Der Demokrat Otto wies ferner darauf hin, daß die Sperrverordnung bereits dem Reichstag vorliege und sofort mit ihrer Verkündung in Kraft treten solle. Bei der Abstimmung wurden sämtliche Befoldungsvorlagen gegen die Stimmen der Unabhängigen angenommen und beschlossen, den besoldeten Magistratsmitgliedern und den Lehrern, denen die neuen Gehaltsbescheide erst durch Beschluß der Aufsichtsbehörde genehmigt werden müssen, die Unterichtsbehörden vorläufig als Teuerungszulage zu zahlen. Die Gehälter der besoldeten Magistratsmitglieder wurden dadurch mit Wirkung vom 1. Juli 1919 ab wie folgt festgesetzt: Stadträte: Anfangsgehalt 18 000 M., Höchstgehalt 24 000 M., Stadtschulrat und Stadtrat für Preußen: 18 750 M. bis 24 750 M., Kammerer und Stadtschulmeister: 27 750 bis 28 750 M., Stadtschulmeister 28 000 M., Bürgermeister 30 000 M. und Oberbürgermeister 40 000 M. Gehalt.

## Zur Einstellung der Schnellbahnbaufen Gesundbrunnen-Neußlin.

Die geplante Einstellung der Bauten an der Schnellbahn Gesundbrunnen-Neußlin, die vor wenigen Wochen die Presse beschäftigte, wird zur Zeit beim Landgericht verhandelt. Der Zweckerband hat einen verläßlichen Gerichtsbeschluss durchgesetzt, durch den die Schnellbahn-Gesellschaft gezwungen wird, die Bauten weiter zu führen. Bei einer bereits festgestellten Verhinderung kam das Gericht zu keinem endgültigen Beschluß, weil der Rechtsvertreter der Unternehmerin, der ständig über die miserablen

## Noske-Parade

und  
**Ludendorff-Parade**  
in der  
**FREIEN WELT**  
**HEFT 31**  
Heute neu!

neuen Roman „Woran man nicht denken mag“ (Verlag C. Bertelsmann, G. O., Berlin) gewiß die Verleumdung der Ehe durch die Prostitution. Weniger die künstlerische Durchdringung des Lebens einer durch ihren Mann unglücklich gemachten Frau, die als völlig unwissende „Mädchen“ in die Ehe steigt, gibt diesem Buch seinen Wert als vielmehr der sexualethische Wert, der mit bewusster Einseitigkeit zu grauenhaften Bildern brutaler Ehehater und auferstehlicher Verkommenheit greift, um der Jüdin durch Aufklärung zu beugen. Die Japolski, deren fängst aufgeführte erotische Komödie „Die unberührte Frau“ (Verlag C. Bertelsmann) die Verfasserin nicht von der stärksten Seite zeigte, hat mit ihrem aufrüttelnden Roman aus neue sich als eindringliche Sozialpsychologin erwiesen.  
Erich Baron.

## Reform des Geschichtsunterrichts.

Die bisherigen Geschichtslehrbücher in den Schulen mit ihrer Kabinett- und Kriegsgeschichte sollen für die Uebergangszeit bis zur gründlichen Umarbeitung weder benutzt noch ange-schafft werden. Falls der darauf abzielende Erfolg des Kultusministeriums an die Provinzialschulkollegien in unterausführter und klarer Entscheidung mit den Lehrbüchern für Geschichte und der wilhelminischen Ära auszuräumen beabsichtigt, wäre er aufs wärmste zu begrüßen. Es ist wirklich höchste Zeit, daß endlich aus den Schulbüchern des republikanischen Deutschland jene Geschichtsdarstellungen verschwinden, in denen Kabinett- und Kriegergeschichte, imperialistischer Chauvinismus und tendenziöse Darstellungsart der proletarischen Bewegung die tollsten Blüten gezeiteten hat.

Warum aber, fragen wir, hat man noch über ein Jahr lang die Schulbücher die Geschichte durch die Brille dieser Geschichtsbücher dom ebenso lächerlichen wie unwahren Standpunkt der Regierendes betrachten lassen? Eine Verfassung, die mit dem ganzen Eoul herab aufzukommen und dem auf dem Boden des neuen Deutschland stehenden Lehrer endlich die nötige Freiheit gibt, um neue Wege auch in diesem Unterricht zu gehen, hätte schon längst erfolgen müssen.

Ludendorff bei den Studenten. Ludendorff war bei Ausbruch der Revolution bekanntlich einer der ersten, der von der Bildfläche verschwand. Er floh nach Dänemark. Als sich die Kon-tinuität für geschlagene Militärs besserte, war er wieder da, und man redet er bei allen möglichen und unmöglichen Gelegenheiten. Nicht bei den „deutschdänischen“ Studenten in der Berliner Universität. Da wurde (wie einst im Rail) edles Germanen-tum gegen ilawische Raids gepaukt. Unter

ordnung unter die berufenen Führer (Michel, merkte was?) und der Heldentod fürs Vaterland. Aber ach, sie leben noch alle. Wilhelm von Amerongen, seine sechs Söhne, der Ludendorff und alle die tapferen Reden, die lieber andere für sich sterben ließen und neues Verderben heraufbeschworen — wenn nicht endlich doch noch ein neuer Geist die militärisch-akademischen Warden verjümmern läßt.

Die sozialistische Studentenpartei hatte zu einem Vortrag in der Universität eingeladen, wo die Herren Prof. Oesterreich, Dr. Karzen und Dr. Kasperau über aktuelle Schulfragen sprachen. Zum Thema „Einheitschule“ wurde ausgeführt, daß diese nicht dazu dienen dürfe, eine Aussonderung und Fächtung geistig befähigter Kraft Qualifizierter zu sein, sondern gleichmäßig Bildung in die breiten Massen tragen müsse. Die Schulgemeinde müsse ein organisatorischer Aufbau sein, bei dem Lehrer und Schüler sich in enger Gemeinschaft befähigen sollen. Die Schule könne zu einer Pflanzstätte des „Nazismus“ werden. Denn die Art der Erziehung bestimme die Charakterentwicklung des Menschen. Die Vorträge wurden in der folgenden Diskussion ausgiebig besprochen.

Der Bund entschiedener Schulreformer unter den akademisch gebildeten Lehrern und Lehrerinnen erhielt öffentlichen Einspruch dagegen, daß die „akademische Freiheit“ dadurch verhöhnt wird, daß reaktionäre Professoren es sich herausnehmen dürfen, gegen Studenten, welche deren unwissenschaftliche und unsozialistische parteipolitische Polemik in sogenannten „Vorlesungen“ in öffentlicher, sachlicher Kritik zurückzuweisen, „disziplinarisch“ vorzugehen.

In München kam es bei der Aufführung von Bedefinds „Schloß Wetterstein“ wiederholt zu Theaterkandalen. Antisemitische Zentebolds waren auf die Bühne der Kommerstheater Stinkbomben, absehten und beschimpften jüdische Besucher und trieben die Abscheu so weit, daß die Vorstellung abgebrochen werden mußte. Die ehemalige „Kunststadt“ an der Max wird immer mehr zu einem Tummelplatz einer wüsten antisemitisch-reaktionären Hege.

Ellen Keys Freunde und Verehrer haben der schwedischen Dichterin zu ihrem 70. Geburtstag den Ertrag einer Sammlung überreicht, an der sich 14 000 Geber aus Schweden, Dänemark, Norwegen und Finnland beteiligt haben. Es sind 55 000 Kronen zusammengekommen, deren Fünftel Ellen Key auf Lebenszeit zur Verfügung stehen. Nach ihrem Tode sollen die Mittel für das Ruheheim verwandt werden, in das dann Villa Strand, die Wohnung Ellen Keys, verwandelt werden soll.



